



Vierteljähriger Abonnementssatz in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement, 50 Pf.  
außerhalb pro Quartal incl. Post 6 Mark 50 Pf. — Anzeigengebühr für den  
Raum einer sechzehnseitigen Zeitung 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag  
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 190. Mittag-Ausgabe.

Sechsundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Krewendt.

Montag, den 26. April 1875.

## Deutschland.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

52. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 24. April.)

11 Uhr. Am Ministerial-Saal, Achenbach und Friedenthal mit zahlreichen

Commissionen.

Das Haus genehmigt zuerst in dritter Berathung den Gesetzentwurf, betreffend die Beteiligung des Staates an dem Unternehmen einer von Neumünster nach Heide nach Tönning führenden Eisenbahn und verweist den Nachweis über die Verwendung des in dem Statut der Eisenbahnverwaltung für 1873 zu unvorhergesehenen außerordentlichen Ausgaben für das Staats-eisenbahnen ausgeschriebenen Dispositionsfonds von 150,000 Thlr. an die Rechnungscommission.

Es folgt die dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Ausführung der §§ 5 und 6 des Gesetzes vom 30. April 1873 wegen der Dotierung der Provinzial- und Kreisverbände. — In der Generaldiscussion erklärt sich der Abg. v. Sachsen (Tarpitschen) gegen das Gesetz: Es sei den Gegnern desselben selbstsam ergangen; während die Ansichten der Majorität, der selbige bei seinen politischen Freunden nur wenig Zustimmung gefunden, vollständig in den Berichten zu lesen waren, seien die Ausführungen der Gegner nicht berücksichtigt worden. Für ihn habe das Gesetz nur eine finanzielle, keine politische Bedeutung; auch ohne dasselbe würde die Provinzialordnung Blut und Leben gewinnen.

Abg. Röderath hat manches an dem Gesetze zu tadeln; besonders erscheint ihm der Vertheilungsmäßstab nach „Land und Leuten“ ein ungünstiger; jene sollte man mit berücksichtigen müssen. Trotzdem wird er im Interesse seiner Provinz (Westphalia) für das Gesetz stimmen; dagegen erläutert sich Schäfer und v. Schorlemers Alst als Westphalen gegen das Gesetz; ihre Provinz sei bereits in ihren Chausseen vom Staat vernachlässigt und werde es bei den unzureichenden provinziellen Mitteln noch mehr sein.

Der Handelsminister erwidert, dass nach den von ihm eingezogenen Erklärungen die Chausseen in Westphalen in einem normalen Zustande seien; in den industriellen Bezirken seien allerdings häufige und sehr umfangreiche Reparaturen nötig, das liege aber an dem großen Verkehr und könne kein Grund gegen das Gesetz sein. Die Provinz Westphalen werde nach dem Dotationsgesetz nicht nachtheiliger stehen als vorher; während sie früher jährlich 74,000 Thlr. für Chaussee-Rebauten erhalten, werde sie nach den künftigen Berechnungen in Zukunft das Doppelte bekommen.

Darauf genehmigt das Haus sämtliche Paragraphen der Vorlage nach den Beschlüssen der zweiten Berathung mit einigen redaktionellen Änderungen und schließlich das Gesetz im Ganzen mit großer Majorität. Für diese stimmen die National-Liberale, die Frei- und Neuconservativen, ein großer Theil des Centrums und der Fortschrittspartei; dagegen nur die Polen, ein kleiner Theil des Centrums und der Fortschrittspartei.

Zu diesem Gesetze hatte der Abgeordnete Thomé in zweiter Berathung folgende Resolution beantragt: „Die Staatsregierung aufzufordern, zwischen den alten Provinzen der Monarchie einen Ausgleich an Staatschausseen herzustellen, das denjenigen Provinzen, welche im Rückstande sind, zum Neubau und zur Unterhaltung der ihnen ausgleichsweise noch zustehenden Staatschausseen ein entsprechendes Capital aus Staatsfonds als Pauschalsumme, oder bis zum erfolgten Ausgleich in jährlich festzustellenden Raten überwiesen werde. Die den im Rückstande befindlichen Provinzen zu gewährende Meilenzahl resp. Höhe des Capitals oder der Jahresrente ist nach dem im Dotationsgesetz vorgesehenen Modus (Fläche und Bevölkerung) zu bemessen.“ — Diese Resolution war an die Dotationscommission verwiesen. Referent Abg. Lautenstein empfiehlt sie abzulehnen: es seien allerdings einige Provinzen mit den Chausseebauten im Rückstande; das entscheide sich aber nicht bloss nach dem Verhältniss der Chausseemeilen zur Fläche und Bevölkerung, sondern es komme dabei auch in Betracht, ob nicht Canäle und Eisenbahnen das Verkehrsbedürfnis in anderer Weise befriedigen. Um zu einem billigen Ausgleiche zu gelangen, müsse also eine Aufrechnung zwischen den einzelnen Provinzen nach den allerverschiedensten Rücksichten stattfinden. Jedenfalls könne aber von einer absoluten Vernachlässigung der östlichen Provinzen nicht die Rede sein.

Abg. Thomé erwidert: Die preußische Gesetzgebung ist stets bestrebt gewesen, Ungleichheiten zu befechten. Der § 22 des Dotationsgesetzes sanctionirt eine Ungleichheit für die Chausseebauten, welche eine große Ungerechtigkeit enthält. Die Abg. Richter (Hagen) und Röderath haben in der zweiten Berathung Zahlen vorgebracht, die weiter nichts beweisen, als dass auch Zahlen geadelt sind wie das Papier. Sie leugneten eine Bevölkerungsunterscheidung der östlichen Provinzen. Aber nach dem Dotationsgesetz erhält die Provinz Posen eine jährliche Chausseebautation von 400,000 M.; die kleinere Rheinprovinz dagegen 1,600,000 M. Abg. Röderath hat die Resolution als eine kleinliche und gehässige Abrechnung bezeichnet; eher könnte man den § 22 des Dotationsgesetzes so bezeichnen. Solden Bestimmungen gegenüber war es eine Pflicht, die Sach' nochmals ernstlich zu prüfen in gewissenhafter oder auch kleinlicher, jedenfalls aber nicht gehässiger Weise. Die Angelegenheit wird heute nicht zum letzten Male hier verhandelt werden; die Provinziallandtage werden sich bald mit dieser Frage beschäftigen. Mit Rücksicht auf die im Hause herrschende ungünstige Strömung zieht der Antragsteller seine Resolution zurück.

Nachdem das Haus noch eine Reihe von Petitionen zum Dotationsgesetz durch seine Beschlüsse für erledigt erklärt hat, tritt es in die zweite Berathung des Gesetzes, betreffend die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden. (Referent Abg. Gneist.)

§ 1 lautet: „In jeder katholischen Pfarrgemeinde durch einen Kirchenvorstand und eine Gemeindevertretung nach Maßgabe dieses Gesetzes zu bejören.“

Der Präsident bittet die Redner über § 1, deren sich 5 zum Worte gemeldet haben, sich auf das Thema der Vermögensverwaltung durch die Gemeinde zu beschränken, und die anderen damit zusammenhängenden principiellen Fragen des Vorsitzes, der Wahl u. s. w. für die Discussion über die betreffenden Paragraphen vorzubehalten.

Abg. Dauzenberg: Meinem Wunsche auf angemessene Amendierung des Entwurfs in der Commission ist leider nicht entsprochen worden, was nach ihrer Zusammensetzung leicht vorauszusehen war. Der französische Culturstampf drückt auch diesem Gesetzentwurf von vorn bis hinten seinen Stempel auf. Die Staatsregierung hat in den Motiven zu dem Entwurf den bisherigen katholischen Verwaltungsorganen die schwersten Vorwürfe gemacht, es sei dem Clerus der katholischen Kirche unter dem wechselnden Einflusse der Seiten und der Verhältnisse vielfach gelungen, die zur Verwaltung des katholischen Vermögens bestimmten Organe ihrer eigenlichen Aufgabe zu entfremden und dieselben zu willkürlichen Werkenhingen der einzelnen Geistlichen herabzudrücken. Zum Beweis dieser Behauptung hat der Cultusminister einige Stellen aus einem Bericht seines Commissars über die Verwaltung der Diözesen Gnesen und Posen vorgetragen. Abgesehen davon, dass bei staatlichen Verwaltungsorganen in einzelnen Fällen noch viel Schlimmeres geschehen ist, entscheidet dieses Argument nicht darüber, ob die Missstände in den Institutionen selber liegen oder ob sie nur eine Folge der Nachlässigkeit der Verwaltungsorgane sind. Es folgt daraus höchstens nur die Revisionsbedürftigkeit der bestehenden Einrichtungen; von wem sie vorzunehmen ist, ist etwas anderes. Ich kann dem Staat nur das Recht einer Aufsicht über die katholische Vermögensverwaltung, keineswegs aber das Recht zu gegebenen, durch von ihm erlassene Gesetze bestehende Institutionen über den Haufen zu werfen und neue der katholischen Verwaltung fremdartige Organe zu schaffen. Der Herr Referent hat an einem guten Tage, den er hatte, ausgesprochen, der Staat hätte in wohlwollender Absicht die competenten katholischen Behörden befragen können, hat aber dann gleich wieder den ichlumen Gedanken gehabt: Aber hier geht es nicht. Die Staatsregierung hätte sich nach meiner Meinung dann den gerechten Vorwurf nicht zugezogen, dass sie in gehässiger Weise vorgegangen ist. Manche freilich behaupten sogar, dass die Vorlage einer der Kirche wohlwollenden Zweck verfolge, und doch zieht sich durch die ganze Vorlage wie ein rother Faden das Bestreben, an Stelle der zur Verwaltung berufenen katholischen Organe die Staatsregierung zu setzen. Aus der im Namen der deutschen Bischöfe an dieses hohe Haus gerichteten Zu-

schrift des Erzbischofs von Köln, in der er diese Vorlage als eine Verleumdung der Rechte der katholischen Kirche auf dem Gebiet der Vermögensverwaltung erklärt und um Ablehnung derselben bittet, hat man gefolgt, die Bischöfe nähmen prinzipiell eine oppositionelle Stellung gegen die Vorlage ein. Es ist aber darüber, wie sie sich nach Erlass des Gesetzes verhalten werden, in der Zukunft nichts gesagt. Ich weiß nicht, wie ihre Beschlüsse ausfallen werden, werde sie aber, wie sie auch ausfallen werden, respektiren. (Bravo im Centrum.)

Abg. Haude (Staatskatholik): Wenn man sich behufs Regelung der Verhältnisse der Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens an die Bischöfe gewandt hätte, so wäre dies nichts anderes als die Nachsuchung eines bischöflichen Placets gewesen. Die Kraftsausdrücke der Redner des Centrums bei der ersten Berathung des Gesetzes über Verleumdung der Verfassung und die Eingriffe in die göttliche Stiftung der Kirche bezwanden, die Vorlage bei den katholischen Gemeinden zu missbilligen und sie zu bestimmen, ihre Mitwirkung zu der Ausführung des Gesetzes zu versagen; der gemeine Mann ist in kirchlichen Sachen gemüthlicher, als man denkt, aber in Geldsachen hört die Gemüthslichkeit auf. Die Anschauungen des Centrums haben ihren Ausdruck in der Commission gefunden in einem principalen Antrag: Der Vorlage die verfassungsmäßige Zustimmung zu verlagen, und einem eventuellen Antrag, der die Niedersetzung einer Subcommission bezwende mit dem Auftrage, den Entwurf nach bestimmten Grundsätzen umzuarbeiten. Die Commission hat sich ein großes Verdienst dadurch erworben, dass sie in den § 45a—49e die Grenzen der Staatsansicht genau fixirt hat. Der Erzbischof von Köln hat sich darüber beschwert, dass die Vorlage ein ganz neues, den Rechten der Kirche widerstreitendes Princip enthalte, er hat aber nicht gesagt, gegen welche bestimmte canonische Vorschrift sie verstößt. Er hat wahrscheinlich die Bestimmung im Auge gehabt, dass die katholischen Vermögensangelegenheiten durch einen Kirchenvorstand besorgt werden, der aus der Wahl der Gemeinde entsteht. Seine Stellung zur Gemeindevertretung ist durchaus correct, sie sind in sich durchaus getrennt, ihrer Zahl und Existenz nach verschieden, ihre Aufgaben und ihre Tätigkeit sind so verschieden, dass sogar nach § 31 Niemand zugleich Mitglied des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung oder in beiden zugleich Vorsitzender sein kann. Der § 1 legt den Grund zu der ganzen Organisation, ich bitte, ihn anzunehmen.

Abg. Brügel erachtet den § 1 des Entwurfs für würdig, dem Brotorfgesetz an die Seite gestellt zu werden. Die Vorlage ist ein Eingriff in die Rechte der katholischen Kirche, denn durch die Entscheidung: wer verwalten soll, wird zum großen Theil schon entschieden, wie verwalten werden soll; die Verfassung der katholischen Kirche extrahiert aber eine Kontrolle der Gemeinden nur so weit und in der Weise, in welcher sie durch die Kirchenverwaltung geordnet wird. Dies hätte um so mehr berücksichtigt werden müssen, als das vorliegende Gesetz ein Friedensgesetz sein soll. Deshalb hätte auch der Versuch einer Verständigung mit den Bischöfen gemacht werden müssen, zum Mindesten hätte man ihre Wünsche hören sollen. Eine Kontrolle und Überaufsicht des Staates über die katholische Vermögensverwaltung ist zulässig, aber der Entwurf geht weit darüber aus, er will sogar für den Fall, dass die Gemeinde von ihrem Recht keinen Gebrauch macht, die staatliche Verwaltung einzusetzen. Die Vermögensverwaltung muss aber in kirchlichem Sinne erfolgen, was um so wichtiger ist, als die katholische Kirche durch Staatsgesetze gehindert ist, von ihr abgesallene Glieder wirklich auszuscheiden. Besteht ein unberechtigter Einfluss des Clerus, so wird er nur durch Veränderungen innerhalb der Kirche beseitigt werden, der Staat darf nicht zur Befreiung angeblicher Missbräuche die der Kirche zustehenden Rechte an sich reißen. Streicht man in dem Entwurf die Rechte der Kirche, so wird nichts gestrichen, streicht man die Rechte des Staates, so wird Alles gestrichen. Das betreffende österreichische Gesetz geht keineswegs so weit, als der vorliegende Entwurf, der auch den Bestimmungen des Landrechts widerspricht, das in § 533 II. 11 es im Wesentlichen bei der bestehenden Oberbank belässt. (Bravo! im Centrum.)

Ministerialdirektor Förster: Der Vorredner hat wiederholt bemerkt, dass das vorliegende Gesetz ein Friedensgesetz sein soll, und zu seinem Leidwesen gefunden, dass es ein Verhörlungsgesetz ist, indem es in die Einrichtungen der katholischen Kirche eingeht. Wenn der Abg. Brügel den Ausdruck „Friedensgesetz“ in dem Sinne nimmt, dass die Staatsregierung bei Einbringung des Gesetzes die Absicht gehabt hat, auf Grund dieses Gesetzes in dem gegenwärtigen Kampf mit dem Clerus Frieden zu schließen, so ist das eine unrichtige Auffassung. Es ist kein Kampfgesetz insoweit, als es ein organisatorisches ist, welches nicht bloss in der Zeit des Kampfes, sondern auch des Friedens gelten soll und erst dann seine eigentliche Nützlichkeit bewähren wird. Da es auch in der Zeit des Kampfes gelten soll, so hat nicht vermieden werden können, Bestimmungen aufzunehmen, die vielleicht anders gelautet hätten, wenn der Friede nicht unterbrochen worden wäre. Wenn die Regierung in sehr liebenswürdiger Weise bei den Berathungen in der Commission von ihren eigenen Vorschlägen abgegangen ist und verzichtend Vorschlägen nachgegeben hat, so ist nicht zu übersehen, dass seit der Ausarbeitung der Vorlage bis zur Zeit der zweiten Berathung in der Commission das Factum eingetreten ist, dass auch gegen dieses Gesetz eine principielle Opposition von den Bischöfen gemacht worden ist. Hätten sie gegen einzelne Bestimmungen Bedenken concret begründet, so würde die Commission in der Lage gewesen sein, diese mit Gewissenhaftigkeit zu prüfen. Der Protest charakterisiert sich aber dadurch, dass er, wie alle derartigen Schriftstücke, ins Allgemeine hinein behauptet: Es sind Rechte der Kirche verletzt. Man müsste daher die Absicht gewinnen, dass die Bischöfe grundsätzlich gegen das ganze Gesetz sind, und die Bestimmungen in das Gesetz aufzunehmen, welche notwendig sind, um ihm seine praktische Wirksamkeit zu gewährleisten.

Abg. Brügel: Die Abgeordneten Dauzenberg und Brügel behaupteten, dieses Gesetz sei ein Kriegsgesetz; das mag insofern richtig sein, als dieses Gesetz transitorische Bestimmungen enthält, welche weder von der Regierung noch von der Commission veranlaßt worden sind, sondern lediglich von dem Episcopat. Bezuglich der bleibenden Bestimmungen des Gesetzes ist jene Behauptung nicht richtig. Die wesentlichen Veränderungen der Commission vorliegen gegenüber der Regierungsvorlage waren unbedingt notwendig, um stärkere Garantien gegen Rom zu haben. Das Kirchenvorrecht ist lediglich Zweckvermögen, welches für die Bedürfnisse einer bestimmten Kirchengemeinde zur Verwendung kommen soll. Rom aber hat diesen Zweck des Kirchenvorstands sehr verändert. Nach der Lehre der Kirchenväter und den Concilbeschlüssen ist das Kirchengut und zwar bis zum Anfang des fünften Jahrhunderts nichts anderes, als Armenput, patrimonium pauperum. Später teilte man das Kirchengut in vier Theile und bestimmte je einen Theil den Bischöfen, dem Clerus, für Cultusbedürfnisse, den Armen. Diese „Verteilung“ war lediglich eine Folge der Prachtliebe und der Neugierde der römischen Bischöfe; wofür ganz bestimmte Zeugnisse vorliegen. Ich nenne nur das sehr gute Buch: Geschichte der katholischen Armenpflege von Rachinger, den Sie nicht werden zurückweisen können, da jenseits des bairischen „Volksfreund“ redigirt, der fast ebenso ultramontan ist, wie das bairische „Vaterland“. In den pseudodivorzinalen Decretalen ist sogar bestimmt, dass Arme fernher nur die Mönche und Nonnen sein sollten. Heiterkeit! Im 12. Jahrhundert endlich entwickelte sich die Theorie, dass Gott der alleinige Eigentümer alles Bestehenden sei und dass dem Papst als Stellvertreter Gottes von Christus dieses höchste Eigentumrecht namentlich an dem Kirchengut übertragen sei. Damals durchzogen die päpstlichen Legate, begleitet von einem haußen gelötzter Italiener, die Länder und saugten dieselben aus; die erschreckten Zeitgenossen verglichen das Ereignis eines solchen Legaten mit physischen Calamitäten, mit Pest und Hagedeschlag. Die von Rom aufgestellte Theorie ist heutzutage aufgegeben.

Zu meiner Heimat ist es ein unbestritten Rechtsgrundzustand, dass die Kirchengemeinde Eigentümerin des vorhandenen Kirchenguts ist. Es war im Juni 1872, da kam der Vorstand der Kirchengemeinde zu Weißbach, dem bekannten Schweinfelde, bei der Nassauischen Landesbank, der Billigung eines Darlehens von 5000 Thlr. ein. Die Landesbank verlangte gemäß ihrer Institution einen Nachweis über die Vermögensverwaltung der genannten Kirchengemeinde und zwar beizubringen durch die Vorlage des letzten Voranschlages des vorhandenen Kirchenvorstands. Nach den bei uns im Jahre 1866 getroffenen Einrichtungen werden demal den Kirchenrechnungen von dem bischöflichen Ordinariate zu Limburg revidirt, während sie zu-

nassauischer Zeit von einer Staatsbehörde revidirt wurden. (Hört! links.) Also der Landesbank wurde der letzte Voranschlag vorgelegt, der von Seiten des betreffenden Kirchenvorstandes, von dem Ordinariat zu Limburg eingegangen worden war. Darin fanden sich nun mit rother Tinte die Worte „Rechnungsbericht der katholischen Kirchengemeinde zu Weißbach pro 1872“ durchstrichen und statt dessen die Worte gesetzt: „Rechnungsbericht der Kirche Ad assumptionem beatae Marie virginis“ d. h. also mit anderen Worten, anstatt der bei uns zu Recht bestehenden Gemeindetheorie die Institutiotheorie gesetzt. Die Direction der Landesbank muhte natürlich an diesem Schriftstück Aufstoß nehmen, und forderte den Pfarrer zu einer näheren Erläuterung auf. Der Pfarrer gab eine ausweichende Antwort, die Landesbank wandte sich an das bischöfliche Ordinariat und erhielt unter dem 17. August 1872 wörtlich folgende Antwort: „Der Königlichen Direction der Nassauischen Landesbank erwidern wir, dass nach der Auffassung des bischöflichen Ordinariats die Kirche, nicht die Kirchengemeinde, als Eigentümerin des Kirchenvermögens für die Kirchengemeinde, als Eigentümerin für die von der Kirche durch den Kirchenvorstand mit Ordinariatsgenehmigung contrahirten Schulden haftet.“

Herr Abg. Thissen wird mir gegenüber gewiss nicht in Abrede stellen, dass in der Erzbistüme Limburg eine Reihe von Pründen unter der Bedingung an die Geistlichen verliehen worden sind, dass dieselben einen Theil der Pründen-Erträgnisse für die Dauer, für welche sie sich im Besitz dieser Pründen befinden, an das bischöfliche Ordinariat abliefern. (Hört! links.) Meine Herren, ich frage Sie Angesichts solcher Thaten: ist es nicht nötig, dass der Staat Garantien dafür fordert, dass die Kirchengemeinden in dem vollen Besitz ihres Kirchenvermögens bleiben? Nehmen Sie § 1 und das ganze Gesetz an; durch die Wiederheranziehung des Laienstandes zu kirchlichen Angelegenheiten werden Sie auch dahin kommen, dass die jetzigen Schäden in der katholischen Kirche geheilt werden. (Beifall.)

Abg. Thissen: Das in der Erzbistüme Limburg Geistliche, welche ein über eine bestimmte Grenze hinausgehendes Einkommen haben, diesen Ueberschuss an den Kirchenvorstand abliefern müssen, beruht auf einem Staatsgebot des Herzogs Wilhelm.

Abg. Petri: Herr Abg. Thissen scheint den Unterschied zwischen einem Staatsgebot und einer herzoglichen Verfügung nicht zu kennen.

Referent Gneist: Herr Abg. Brügel hat gegen § 1 den Vorwurf erhoben, dass er eine staatliche Oktroyirung ohne Rücksicht auf die Verfassung der katholischen Kirche, den Grundsatz der Vergewaltigung der Kirche enthalte. Und doch ist der Grundsatz des § 1 schon seit Menschenalter anerkannt, denn bereits das preußische Landrecht bestimmt, dass die Verwaltung des kirchlichen Vermögens durch eine Repräsentation der Gemeinde geführt werden solle. Auch die österreichische Gesetzgebung hat in jüngster Zeit das Principe dieses § 1 adoptirt. Der Vorwurf des Abg. Brügel, dass die Commission mit ihren Beschlüssen den Rechten der katholischen Kirche zu nahe getreten sei, ist ganz unbegründet. Hätten sich die Bischöfe an die Commission gewandt, und bestimmte Beschwerdepunkte angegeben, so würde die Commission dieselben in Erwägung gezogen haben. Allgemeine Proteste, in denen mit einem Worte gefragt ist, worin eigentlich die angeblichen Verleumdungen der Rechte der katholischen Kirche bestehen, sind nicht geeignet, in den Verhandlungen einer Commission berücksichtigt zu werden, schärfen vielmehr nur die bestehenden Gegenseite und sind lediglich eine Fortsetzung des in der Encyclica und bei der Veröffentlichung der Encyclica beobachteten zweideutigen Verfahrens der Partei und der Herren Bischöfe.

§ 1 wird hierauf mit allen Stimmen gegen die des Centrums und der Polen angenommen.

Nach § 2 findet die Vorschrift des § 1 auch auf Missionusparrgemeinden u. s. w. Anwendung. Derselbe wird ohne Debatte angenommen.

§ 3 lautet: „Zu dem kirchlichen Vermögen im Sinne dieses Gesetzes gehören: 1) das für Cultusbedürfnisse bestimmte Vermögen, einschließlich des Kirchen- und Pfarrhausbaufonds, der zur Bevölkerung der geistlichen und anderen Kirchendiener bestimmten Vermögensstücke und der Annoveranien; 2) die zu irgend einem sonstigen kirchlichen Zwecke oder zu wohltätigen oder Schulzwecken bestimmten kirchlichen Vermögensstücke; 3) die Erträge der durch kirchliche Organe zu kirchlichen, wohltätigen oder Schulzwecken innerhalb oder außerhalb der Kirchengebäude veranlagten Sammlungen, Collecten etc.; 4) die zu kirchlichen wohltätigen oder Schulzwecken innerhalb des Gemeindebezirks bestimmten und unter die Verwaltung kirchlicher Organe gestellten Stiftungen.“

hat, aus Allem Geld zu machen. Nach dem in dem erzbischöflichen Organ der Diözese Köln enthaltenen jährlichen Nachweise betragen die Einnahmen des Vorortmäus-Vereins durch Verbreitung "guter Bücher" im Jahre 1873 47,720 Thlr. (Bravo! im Centrum), in demselben Jahre die des Franz-Laberius-Vereins zur Verbreitung des christlichen Glaubens 22,000 Thlr. (Bravo! im Centrum), die des Bonifatius-Vereins zur Errichtung katholischer Kirchen in protestantischen Ländern 20,000 Thlr. (steigender Beifall im Centrum), die Collecten für den Verein zur Unterhaltung des heiligen Grabes 59,232 Thlr. (Bravo! im Centrum), diejenigen für den Sanct-Vincenz-Verein 61,178 Thlr. (lebhafte Bravo! im Centrum); hier sind natürlich die Schenkungen und Vermächtnisse, welche den Vereinen zu Theil geworden, nicht mitgerechnet. Endlich sind für den armen Gefangenen im Vatican von dem Sanct-Michaelsverein in Deutschland in den Jahren 1856—1873 1,448,187 Thlr. gesammelt worden. (Stürmischer Beifall im Centrum, große Heiterkeit links.) Ich bitte Sie daher, die Nr. 3 und 4 anzunehmen, damit das deutsche Volk Rom nicht länger tributpflichtig bleibt (Widerspruch im Centrum), damit der argste Feind Deutschlands ferner aus Deutschland keine Subsidien bezieht. Ich hoffe, die Bestimmungen dieses Gesetzes werden dazu beitragen, daß thörliche katholische Volk darüber aufzuklären, wohin die Früchte seines faulen Fleisches bisher geflossen sind. (Die Schlüsse des Redners erregen einen durchsharten Sturm im Centrum. Abg. Windthorst (Meppen) verlangt außerst erregt den Ordnungsstraf für die Bezeichnung „thörliches katholisches Volk“, durch welche er und seine Glaubensgenossen nicht mitgetroffen fühlen.)

Bicepräsident Dr. Loewe (der gerade den Vorsitz führte) bemerkte, der Abg. Petri habe jenen Ausdruck ganz allgemein gebraucht, so daß nicht angenommen werden könne, er habe damit alle Katholiken und speziell auch die katholischen Mitglieder des Hauses gemeint. (Zustimmung links.)

Abg. Dauenberg: Ich sage dem Vorredner zunächst meinen tief gesunkenen Dank für seine Mittheilungen. (Bewegung); mein katholisches Herz fühlte sich gehoben, denn diese Zahlen legten ein splendides Zeugniß vor der christlichen Charitas in der katholischen Kirche ab. Der Vorredner hat jedenfalls nichts dazugebracht. (Heiterkeit.) Auf den Specialfall, den der Regierungscommission vorgebracht, will ich nicht eingehen; es scheint, als wenn der Herr Commissarius dem Abg. v. Sybel Concurrent machen wolle. (Heiterkeit.) Der § spricht deutlich die Tendenz des Gesetzes aus; man hat gewissemassen auf Ullers Jagd gemacht, was nur irgend zum Gemeindevermögen gerechnet werden kann, um es der Kirche zu entziehen und dem Kirchenvorstande zu übergeben. Die Ausdrücke in diesem Paragraphen sind überdies so unklar und vieldeutig, daß sie nur Verwirrung erregen können. Ich bitte deshalb den Paragraphen abzulehnen.

Cultusminister Dr. Falck: Der Paragraph bestimmt nur, daß derartige Sammlungen zur Kenntniß der betreffenden Gemeindeorgane gebracht werden sollen, die dann eine gewisse Controle, aber nur wie über durchlaufende Posten, die sie an einer Stelle in Einnahme, an anderer in Ausgabe stellen, ausüben sollen. Die Bestrafungen des Abg. Staub über dieselben Paragraphen sind also unbegründet. Eine solche Controle scheint mir allerdings wünschenswert; aber daß sie soweit gehen müßte, wie die Nr. 3 vorschreibt, ist doch wohl nicht erforderlich. Ich kann also der Annahme des Antrages Haude nur zustimmen.

Abg. Windthorst (Meppen) hält die Nummern 3 und 4 dieses Paragraphen für nicht zur Gemeindevermögensverwaltung gehörig und deshalb überflüssig. Jedenfalls könnte man die Notwendigkeit einer solchen Maßregel nicht mit so unvollständigem Material begründen, wie es der eben vorgebrachte Specialfall war, der nur Verdächtigungen nach allen Seiten verbreite. Redner verlangt ausdrücklich die Nennung der Namen, widrigensfalls er die ganze Geschichte für Humbug erklärt. Wenn Jemand schreibt, genug sein will, zu unterschlagen, wird er es mit diesem Paragraphen auch können. Was die Nr. 4 betrifft, so wird dieselbe zur Folge haben, daß die Stiftungsgelder nicht im Lande bleiben, sondern auswärts placirt werden, wo dieses Gesetz nicht hinreicht. Redner selbst hat in der letzten Zeit mehrfach Dispositionen getroffen und angehobene auswärtige Männer eingesetzt; die werden wissen, was sie damit zu thun haben. Wird der Paragraph so wie er liegt angenommen, so wird theils Unruhe, theils Unrecht beschlossen.

Referent Dr. Gnelli: Ueber das Eigenthum soll in diesem Gesetze gar nichts bestimmt werden. Schon in der Commission wurde von den Regierungscommissionen vorweg bemerkt, daß die hier gegebene Begrenzung der Objekte der Vermögensverwaltung katholischer Gemeinden ihrer Natur nach erhebliche Schwierigkeiten darbietet, und daß die Staatsregierung mit besonderer Sorgfalt jedes einzelne Wort zu erwägen gehabt habe. Die Regierungs-vorlage beachtigt keine Abänderung bestehender Eigenthumsverhältnisse, sondern nur die formelle Ordnung der Gemeindevermögensverwaltung in gewissenhaftem Anschluß an die bestehenden, in den einzelnen Landes-theilen vorgefundene Verhältnisse. Es sei deshalb nur von dem kirchlichen Vermögen im Sinne dieses Gesetzes die Rede. Das Landrecht bestimmt schon, daß die Collecten von den Kirchenvorstehern mit Zusicht des Pfarrers übernommen werden sollen; es findet sich aber auch die Bestimmung darin, daß keiner ausländischen Kirche etwas verabsolgt werden darf.

In der Abstimmung wird § 3 unter Streichung der gesperrten Worte sub Nr. 3 angenommen.

§ 4 wird ohne Debatte angenommen: "Die dem Staate oder den bürgerlichen Gemeinden zustehenden Rechte an Begräbnisplätzen oder solchen Vermögensstücken, welche zu kirchlichen Zwecken bestimmt sind, werden durch dieses Gesetz nicht berührt. Unter kirchlichem Vermögen im Sinne dieses Gesetzes ist dasjenige nicht begriffen, welches zwar zu kirchlichen Zwecken bestimmt, aber unter dauernde Verwaltung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinden und Communalverbände gestellt ist."

Um 4 Uhr vertagt das Haus die weitere Berathung bis Montag 11 Uhr.

Berlin, 24. April. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und König hat im Namen des Deutschen Reiches den Kaufmann Rudolf Sprenger in San Sebastian zum Consul des Deutschen Reiches ernannt.

Der bisherige Gymnasialprofessor Dr. Elze in Dessau ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der Universität zu Halle ernannt worden. Der Privatdozent Dr. Hermann Cohen in Marburg ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der dortigen Universität ernannt worden. Bei der Realchule in Neisse ist die Beförderung des Lehrers August Pohl zum Oberlehrer genehmigt worden. Der Justizactuar Heinrich Grunow ist zum Registratur und Canzlisten bei der hiesigen Universität ernannt worden. Der praktische Arzt Dr. Wilke zu Lobsens ist zum Kreisphysikus des Kreises Wirsitz ernannt worden.

Se. Majestät der König hat bei der Königlichen Akademie der Künste zu Berlin den Gesichtsmaler Professor Anton v. Werner zum Director der Akademie der bildenden Künste, und den bisherigen Gymnasiallehrer Dr. Philipp Spitta zum zweiten ständigen Secretär der Akademie der Künste; sowie den Kreisgerichtsrath Philler in Neuhausenleben zum Appellationsgerichtsrath in Hamm ernannt; und dem Regierungsscretär Schacht zu Marienwerder den Charakter als Consulat gezeigt.

[Ministerium für Handel] Aus verschiedenen bei mir eingebrauchten Beschwerden ergiebt sich, daß die auf Grund der zur Zeit noch geltenden Bestimmungen vieler Orten eingeführte Verpflichtung von Arbeitnehmern, einer bestimmten Unterstützungsstufe anzugehören, neuerdings mit besonderer Strenge und namentlich auch gegen solche Arbeitnehmer zur Geltung gebracht ist, welche nach ihrem Eintritt in eine sogenannte freie Kasse in Folge der entsprechenden Auslegung des § 141 Alinea 2 der Gewerbe-Ordnung auch von den Kassenverwaltungen und Aufsichtsbehörden als von jener Verpflichtung bereit angesehen und demgemäß zu den Kassenbeiträgen schon seit längerer Zeit nicht mehr herangezogen waren. Dieses bereits in meinem Erlass vom 8. Mai v. J. als unbillig bezeichnete Verfahren entspricht der gegenwärtigen Lage der Sache um so weniger, als die Reichsregierung, wie durch Veröffentlichung des betreffenden Gesetzentwurfs allgemein bekannt geworden, bestrebt ist, eine billige Neuregelung des gesamten Kassenwesens herbeizuführen. Indem ich daher der Königlichen Regierung den angezogenen Erlass in Erinnerung bringe, empfehle ich derselben zugleich, sichtbar dahin zu wirken, daß die in denselben ausgesprochenen Grundsätze auch von den Kassenvorständen und den Aufsichtsbehörden beachtet werden.

Berlin, den 25. März 1875.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Dr. Achelbach.

Uns sämmtliche Königliche Regierungen.

Das dem Civil-Ingenieur Robert Gottschalk zu Berlin unter dem 25. April 1872 ertheilte Patent auf vier Maschinen zur Herstellung von Kartoffelschnitten ist auf ferne zwei Jahre, also bis zum 25. April 1877, verlängert worden. — Dem Maschinenfabrikanten Rudolph Müller zu Berlin ist unter dem 22. April d. J. ein Patent auf eine Kuppelung für Eisenbahnwagen auf drei Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden. (Reichsanzeiger.)

Gewinn-Liste der 4. Classe 151. Königl. Preuß. Clafsen-Lotterie.

Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Friedrichstr. 168, ohne Gewähr.

Bei der heute fortgesetztenziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

2 Gewinne zu 15,000 M. auf Nr. 19,365. 68,787.

4 Gewinne zu 6000 M. auf Nr. 30,184. 50,700. 65,968. 71,401.

38 Gewinne zu 3000 M. auf Nr. 590. 3050. 4301. 8900. 10,008. 10,798. 12,382. 13,210. 17,331. 19,520. 20,513. 20,547. 22,513. 27,309. 28,450. 30,967. 44,817. 48,252. 52,309. 53,517. 54,966. 56,117. 58,407. 60,543. 61,481. 63,598. 64,976. 67,704. 71,142. 71,555. 74,152. 74,582. 81,105. 87,114. 87,959. 90,752. 90,898. 92,561.

78 Gewinne zu 1500 M. auf Nr. 894. 4061. 6148. 6746. 9377. 12,621.

13,673. 14,387. 14,482. 14,966. 16,292. 16,876. 18,587. 20,212. 22,474.

23,288. 26,726. 27,310. 27,798. 28,156. 28,315. 28,476. 29,442. 29,935.

30,510. 30,920. 31,785. 32,894. 33,128. 33,442. 33,517. 34,012. 37,433.

38,614. 39,538. 39,632. 40,322. 42,226. 44,686. 45,516. 46,849. 47,068.

48,566. 49,865. 49,890. 50,054. 50,387. 51,079. 51,704. 54,760. 57,678.

59,103. 59,299. 59,877. 62,516. 63,542. 67,757. 69,090. 69,441. 69,900.

71,298. 71,950. 74,178. 75,138. 79,320. 79,679. 80,999. 83,664. 83,680.

85,195. 91,028. 91,153. 91,368. 91,574. 92,084. 92,407. 92,651. 93,359.

60 Gewinne zu 600 M. auf Nr. 373. 1669. 2013. 2073. 3559. 4059.

41,883. 53,89. 81,17. 89,31. 12,028. 12,414. 12,635. 12,962. 13,683. 14,497.

15,341. 15,898. 17,138. 21,383. 21,888. 25,971. 26,824. 27,192. 29,948.

34,131. 37,565. 41,647. 47,488. 51,434. 53,469. 53,557. 54,693. 56,024.

56,214. 58,330. 60,703. 63,093. 64,148. 66,598. 68,870. 70,560. 73,650.

74,075. 75,546. 77,033. 78,134. 78,155. 78,711. 79,389. 82,334. 82,624.

86,539. 86,681. 87,542. 89,870. 90,364. 91,148. 92,530. 92,640.

Gewinne zu 210 Mark. Nur die Gewinne zu 300 Mark sind in Parenthese beigefügt.)

88. 196. 209. 18. 302. 5. 693. 702. 65. 82. 882. 984. 1108.

31. 72. 234. 311. 27. 416. 503. 76. 97. 736. 873. 98. 924. 2015.

117. 237. 361. 407. 68 (300). 92. 557. 686. 97. 707. 807. 961.

3010. 23. 47. 49 (300). 163. 246. 304. 89. 95. 417. 22. 64. 550. 69.

99. 633. 54 (300). 743. 71. 75. 4010. 130. 33. 90. 313 (300). 450.

576. 720. 99. 811. 928. 5175. 89. 470. 568. 730. 897. 911.

6020 (300). 29. 32. 64. 80 (300). 86. 123. 90. 299. 388. 408. 29 (300).

69. 70. 573. 644. 747. 7144. 204. 331. 33. 420. 50. 69. 84. 525.

604. 700. 23. 855 (300). 85. 86. 901 (300). 43. 77. 78. 8002. 77. 94.

149. 84. 256. 534. 38. 633. 40. 46. 780. 818 (300). 35. 56. 68. 83.

89. 97. 940. 9122 (300). 26. 68. 243. 387. 427. 36 (300). 78. 85. 86.

515. 36. 44. 57. 601. 702 (300). 46. 85. 90 (300). 99. 804. 41. 42. 83.

922. 46. 96. 99 (300).

**10,014.** 24. 28. 32. 121. 22 (300). 242. 81. 308. 79 (300). 455.

511. 83. 620. 99. 775. 801. 91. 944. 11,099. 101. 212. 36 (300).

76. 85. 97. 311. 457. 649. 60. 75. 78. 707. 24. 839. 93. 12,089. 190.

204. 51. 60. 95. 51. 79 (300). 647. 66. 756. 838 (300). 943 (300).

60. 13,061. 84. 127. 242. 81. 316. 36 (300). 41. 92. 493. 549. 606.

35. 60. 705 (300). 811. 70. 91. 904. 27. 34 (300). 78. 14,207. 83. 314.

53. 77. 96. 552. 607. 732. 38. 87. 825. 93. 922. 25 (300). 44. 15,000.

81. 173. 232. 47. 300. 503. 28. 74. 637. 808. 25. 918. 25. 16,008.

18. 132. 50. 239. 301. 9. 65. 89. 427. 72. 84. 784. 880. 919. 17,085.

(300). 223. 340. 52. 61. 417. 86. 551. 744. 77. 842. 953. 18,040.

an der Spitze der Landesregierung stand, ist gegenwärtig Bürgermeister in Wandsbek.

Düsseldorf, 23. April. [In der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung] ist folgende Resolution angenommen worden: „Bei der Wichtigkeit der im Herrenhause zur Be schlussfassung gelangenden Gesetzesvorschläge hält die Stadtverordnetenversammlung die Anwesenheit des Vertreters der Stadt Düsseldorf für nothwendig. — Sie spricht ihre Missbilligung darüber aus, daß der Herr Oberbürgermeister Hammers den letzten Sitzungen des Herrenhauses nicht beigewohnt hat.“

Wiesbaden, 24. April. [Zum Besuch des Kaisers] sind heute die Prinzessin Elisabeth, Gemahlin des Prinzen Carl von Hessen, und die beiden Prinzessinnen-Dötter des Großherzogs von Sachsen-Weimar eingetroffen. Dieselben nahmen mit dem Kaiser und der Großherzogin von Baden gemeinsam das Frühstück ein; später fand eine Spazierfahrt statt. Heute Abend wollte der Kaiser einer Soirée bei der Prinzessin von Lippe-Schaumburg beiwohnen. Bei der gestern Abend stattgehabten glänzenden Beleuchtung des Schloßplatzes und der evangelischen Kirche wurde der Kaiser von der zahlreich versammelten Volksmenge sehr entthusiastisch begrüßt.

Frankfurt a. M., 24. April. [Berichtigung.] Das „Fr. I.“ enthält mit Bezug auf eine frühere Mittheilung heute folgende Zuschrift:

„In der Wochenschau von Nr. 3 der „Evangelisch-Lutherischen Kirchen-Zeitung“ (22. Januar 1875) lese ich eben erst die dem „Frank. Journal“ entlehnte „Reminiszenz“, daß auch Bismarck sich, als er noch hier (in Frankfurt a. M.) Bundestags-Gehandelter war, geweigert hat, die Geburt eines Kindes bei der hiesigen Standesbuchführung anzugeben. Pfarrer Steiz taufte es erst, nachdem Bismarck die Eintragung in die Militär-Geburts-Register zu Mainz nachgewiesen hatte.“ Diese als „beglaubigt“ bezeichnete Notiz besteht aus einer Reihe von thatssachlichen Missverständnissen. Die Geburt des jüngsten Sohnes St. Durchlaucht des Fürsten Reichslandlers (geboren am 1. August 1852) ist nicht in das Militär-Geburts-Register zu Mainz, sondern in das Geburtsbuch der hiesigen Standesbuchführung am 18. September 1852 protokollarisch eingetragen und von mir auf die mir vorgelegte Geburts-Urkunde dieser letzteren Stelle am 22. September des gedachten Jahres getauft worden. Die Tauf-Urkunde liegt im Archiv des hiesigen lutherischen Gemeinde-Vorstandes. Frankfurt a. M., den 22. April 1875. Dr. theol. G. C. Steiz, Senior des Ministeriums, Consistorialrat und Pfarrer.

München, 24. April. [Der König Ludwig] hat dem König von Sachsen zu dessen gestrigen Geburtstage seine wärmsten Glückwünsche auf telegraphischem Wege überlaut und demselben das 15. Infanterie-Regiment verliehen, dessen Oberstinhaber auch der verstorbene König Johann gewesen ist.

München, 24. April. [Erkenntnis.] Das „Vaterische Vaterland“ theilt das Erkenntnis des R. R. Landgerichts Salzburg in Be treff der von Dr. Sigl herausgegebenen „Bremse“ und des „Vaterischen Vaterland“ mit. Nach Aufführung eines statlichen Ständenregisters — die „Bremse“ wird wegen 6, das „Vaterland“ wegen 7 beleidi gendem Artikel in Anspruch genommen — erkennt das Landesgericht, daß der Inhalt der erwähnten Artikel theils das Verbrechen der Majestätsbeleidigung, theils das der Beleidigung eines Mitgliedes des Allerhöchsten Kaiserhauses begründet und daß das Verbot der Weiter verbreitung sämtlicher aufgeföhrten Blätter beider Zeitschriften aus gesprochen werde. — In einem zweiten Erkenntnis derselben Gerichts wird die Sicherheitsbehörde vollzogene Beschlagnahme eines Artikels der „Bremse“ gerichtlich bestätigt.

München, 24. April. [Ein kathol. Pfarrer,] welcher in einer Predigt am 13. Juli v. J. die Behauptung ausgesprochen hatte, die Civilie sei eine Einrichtung, welche die Vielweiberei gestatte, es hätte die Civilie die schlimmsten Folgen, ziehe Elend, Sittenlosigkeit, schlechte Kindererziehung nach sich u. war, auf erhobene Berufung, vom Appellationsgerichte eines Vergehens wider die öffentliche Ordnung gemäß § 131 des R. St.-G.-B. schuldig befunden und deshalb in eine Geldstrafe von 30 Thalern verurtheilt, die hiergegen erhobene Nichtigkeitsbeschwerde durch Erkenntnis des obersten Gerichtshofes verworfen worden.

Stuttgart, 23. April. [Die Ernennung des Stadt pfarres Schwarz in Ellwangen] zum päpstlichen Hausprälaten ist ein Schlag in's Gesicht der Diözese Rottenburg. Das also ist der Dank Roms für die Unterwerfung Hefele's, die nur der Curie zu Liebe um des Friedens willen seiner Zeit erfolgt ist; der Dank dafür, daß aus dem gleichen Motiv — um die Einheit der katholischen Kirche erhalten zu helfen — die gesammte Geistlichkeit und fast die gesamte Laienschaft der Diözese den Schritt des Bischofs acceptirte!

Stadtpfarrer Schwarz, der eifrigste ultramontane Fanatiker in Württemberg, den die öffentliche Meinung als eine Art von Gegenbischof bezeichnet, war unlängst zum Decan des Landeskapitels Ellwangen gewählt worden. Bischof Hefele glaubte die Wahl annullieren zu müssen, um die Thätigkeit jenes Herrn besser im Zaume halten zu können. Dafür ist nun Schwarz päpstlicher Hausprälat geworden. Wenn etwa die alkatholische Richtung auch in unserem Lande, wo sie die gemäßigste Haltung des Bischofs Hefele bisher nicht recht aufkommen konnte, zu fördern geeignet ist, so ist es dieser Act des Jesuitenregiments, welchem in der That seit dem Vaticanum die gerühmte Klugheit gänzlich abhanden gefommen zu sein scheint. Das hatte sich Bischof Hefele wohl nicht gedacht, als er nach Erwägungen, die keinem schwerer geworden sind als ihm, sich unter die vaticanschen Decrete beugte.

Meh, 24. April. [Sieben Professoren] am hiesigen kleinen Seminar, welche dem Orden Saint-Sulpice angehören, sind von der Regierung entlassen, d. h. dieselben sind aufgesfordert worden, ihre Lehrtätigkeit einzustellen, wogegen der Bischof Protest erhob.

## Provinzial-Beitung.

d. Breslau, 26. April. [Constitutionelle Bürger- (Freitag-) Ressource.] In der am vergangenen Sonnabend Abend im Springerischen Saale abgehaltenen Generalversammlung erstattete nach Eröffnung derselben durch den Vorsitzenden, Baurath Stut, zunächst der Käffner, Stadthauptmann-Rendant Winkler, den Geschäfts- und Kassenbericht. Darnach belief sich bei 1350 Mitgliedern die Gesamteinnahme auf rund 3747 Thlr., die Gesamttausgabe auf 3010 Thlr., so daß ein Kassenbestand von 736 Thlr. verbleibt. Concerte sind im vergangenen Jahre 47 abgehalten worden, wofür an die Kapelle 1410 Thlr. gezahlt wurden. Unter diesen Concerten war eins zum Besten der Meiningen Abgebrannten veranstaltet worden, welches einen Ertrag von rund 160 Thlr. brachte. Davon sind 150 Thlr. an die Meiningen Abgebrannten abgeliefert worden. Gelegentlich des 25-jährigen Stiftungsfestes, welches im vergangenen Jahre festlich begangen wurde, hat die Ressource aus ihren in den Vorjahren aufgesammelten Geldbeständen 300 Thlr. dem Asyl-Verein für Obdachlose überwiesen. Da bei der stattgehabten Revision der Bücher und Kasse nichts zu erinnern war, so wurde dem Käffner Discharge erteilt. Bei der folgenden Neuwahl von 8 Vorstandsmitgliedern wurden gewählt die Herren: Rechnungsrauth und Prem-Lieutenant a. D. Akmann, Regierungs-Sekretär Krause, Rechnungsrauth und Hauptm. a. D. Jähne, Baron v. Rothkirch-Panten, Regierungs-Sekretär und Hauptm. a. D. Theurich, Baurath a. D. Stut, Vermessungs-Abk. Kubierschly und Kaufmann Paschle; zu Stellvertretern die Herren: Feldmesser und Lieutenant Menzel, Apotheker Michalke, Rechnungsrauth Seemann, Graf E. von Dyhern, Gymnasiallehrer Sudlow und Telegraphen-Inspector Hentschel; zu Commissions-Mitgliedern die Herren: Dr. Ulrich, Bankbuchhalter und Lieutenant Wunderlich, Bildhauer Rächner, Dr. med. Martini, Rechnungsrauth und Lieutenant Eichstädt.

und Apotheker Nahner und endlich zu Kassen- und Rechnungs-Revisoren die Herren: Rechnungsrauth und Ober-Bankbeamte Conradi, Rechnungs-Hauptkassen-Buchhalter Edarisberg und Sparkassen-Rendant Sperl.

p. Breslau, 26. April. [Breslauer Ortsverband, Hirsch-Dunker.] In der am 24. April in Pietsch's Hotel auf der Gartenstraße abgehaltenen Versammlung gab Maschinenbauer Schubert einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen auf dem vergangenen Osterm zu Leipzig abgehaltenen Verbundstage der deutschen Gewerbevereine (Hirsch-Dunker), nachdem Redner eine Erläuterung über den Entwicklungsgang der Organisation dieser Vereine vorausgeschickt hatte. Am Schlus seines Vortrages wies Redner auf den Nutzen hin, welchen die Gewerbevereine für den Arbeiter brächten und sprach sodann in sehr energetischer Weise seinen Zettel gegen die Maßnahmen des Handelsministers in Betreff der Verlängerung der Arbeitszeit und der Herausgabe der Löne in den königl. Bergwerken aus. Schuhmacher Böber fügte dem Bericht noch einige ergänzende Bemerkungen über die Invalidenkasse der Gewerbevereine hinzu. Darnach sind vom 1. Mai c. die wöchentlichen Beiträge für die Mitglieder im Alter von 20—30 Jahren auf 10 Pfennige, für die Mitglieder von 30—40 Jahren auf 15 Pf. und für die Mitglieder im Alter von 40—45 Jahren auf 20 Pf. festgesetzt worden. In der sich anschließenden Debatte, welche lebhafte und theilweise sehr erregt geführt wurde, hatten namenslich die Verhältnisse der Invalidenkasse Angiffe zu erleiden.

8 Grünberg, 24. April. [Zur Tageschronik.] In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung kamen Gegenstände von mehr als localer Bedeutung nicht zur Verhandlung, wenn es nicht als Zeichen der Zeit zu notiren, daß von den neu angestellten 2 Lehrern für die Mädcheneschule der eine erst nach Pfingsten, der andere gar Michaeli eintritt, da mehrere übersfüllte Klassen notwendig gehalten werden mühten, so übernehmen nun einige von den vorhandenen Lehrern den Unterricht gegen Remuneration von 7½ Sgr. pro Stunde, was Verfassung genehmigte. — Der hiesige Consum-Verein hat in der letzten Generalversammlung seiner Mitglieder beschlossen: nicht in Concours zu gehen, sondern weiter zu liquidieren, es handelt sich wohl hauptsächlich um Beitreibung noch rückständiger Mitglieder Beiträge und ausstehender Wechselsforderungen. — Die Arbeiten an der Wasserleitung werden mit anerkennenswerther Eile und möglichst geringer Verkehrsstörung fortgesetzt. —

? Steinau a. d. O., 24. April. [Kreisausschuß.] — Gesellen-Verein. In der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses wurde eine Unzahl Streitfälle in Armenunterstützungs- und Feldpolizei-Sachen erledigt. Die Errichtung eines Kreishauses wird auf die Tagesordnung des nächsten Kreistages gesetzt werden, und sollen denselben zwei Bauprojekte zur Auswahl vorgelegt werden. Gleichzeitig wurde beschlossen, schon jetzt den Anlauf eines geeigneten Bauplatzes vorzubereiten und wegen Beschaffung des Baukapitals mit der Provinzialhilfskasse in Verbindung zu treten. — Unsere beiden konfessionell getrennten Gesellenvereine führen anscheinend ein siches Dasein. Bei beiden haben die geistlichen Spiken die Leitung niedergelegt. Der katholische Verein hat sich aufgelöst und ist, unter Änderung des Status, mit dem vielversprechenden Namen des Steinauer Handwerkervereins rekonstruiert worden. Ob man aus Furcht vor Auflösung der katholischen Gesellenvereine — die uns ebenso, wie die evangelischen, mindestens überstürzt erscheinen — bloß den Namen abgelegt und ob die centrale Leitung fortduert, das sind Fragen, die wir natürlich nicht beantworten können, die jedoch, wenn auch in anderen Orten solche Erscheinungen auftreten, für wichtig genug halten, um etwas näher ans Tageslicht gezogen zu werden.

s. Waldenburg, 24. April. [Commissarische Verwaltung des Landratsamtes. — Controle über die bei dem Bau von Eisenbahnen beschäftigten Arbeiter. — Turnverein.] Der königl. Regierungs-Amtssch. Dr. Bitter, welcher von dem Minister des Innern die commissarische Verwaltung des hiesigen Landratsamtes übertragen worden ist, hat am 22. d. M. die landratamtlichen Geschäfte übernommen. — Zur Handhabung einer besseren Controle über diejenigen in hiesiger Gegend bei dem Bau der Eisenbahnen beschäftigten Arbeiter, welche in Herrnsdorf ihren Wohnsitz aufschlagen, hat der Amtsvoirsteher derselben angeordnet, daß jeder Eisenbahner mit einer Arbeitskarte versehen sein muß, auf welcher unter Anderem die Nummer des Hauses, wo der Arbeiter Wohnung genommen, vom Aufsichtsbeamten resp. dem Bau-Unternehmer anzugeben ist. Enjeno muß die Karte sowohl von der betreffenden Direction, als auch vom Bau-Aufsichts-Beamten unterschrieben und unterstempelt, so wie von dem Arbeiter selbst unterschrieben sein. Auf Grund der Arbeitskarte hat dann der Arbeiter seine Legitimationspapiere spätestens zwei Tage nach Empfang der Karte an den Amtsvoirsteher einzureichen, sowie letztere selbst bewußt des darauf zu sezenden polizeilichen Vermerks dem Amtsvoirsteher vorzulegen. — Der Buchdruckereibesitzer Ferdinand Domel von hier hat die Leitung des Geschäfts in die Hände seines Schwiegersohnes, des Buchhändlers Reit, gelegt und wird in nächster Zeit die von ihm angefaßte Beziehung in Warmbrunn beziehen. Da Herr Domel als langjähriges Mitglied, sowie als Vorsitzender des hiesigen Turnvereins sich um die Vereinsache viele Verdienste erworben hat, so ist derselbe in der vor einigen Tagen abgehaltenen Generalversammlung zum Ehrenmitgliede des Turnvereins ernannt und ihm ein höchst geschmackvoll ausgestattetes Diplom überreicht worden. Eine gleiche Anerkennung hat der Verein dem stellvertretenden Vorsitzenden, Calculatur Nierade, zu Theil werden lassen.

[Notizen aus der Provinz.] \* Muskau. Der hiesige „Anz.“ meldet: Die Generalleutnants und Generaladjutanten des Kaisers Grafen Brandenburg I. und II. und Ceremonienmeister Kammerherr Graf Brühl trafen am 21. d. M. zur Auerhahn- und Birkenhajnd jagd hier ein. Bei derselben hatte Graf Brandenburg II. das seltene Glück, eine Trappe zu schießen, eine Jagdbeute, die hier seit Menschengedenk nicht vorgekommen sein soll. Graf Brandenburg I. reist am 22., Graf Brandenburg II. und Graf Brühl am 23. April von hier wieder ab. — Am Vortag (21. d. M.), Nachmittags, entstand bei heftigem Nordwestwinde auf Revier Kaula, in der Nähe des Braunkohlenwerkes und der Eisenbahn, ein Walbrand, welcher eine mehrere Morgen große Feuerwand vernichtet. Wie der Brand entstand, ließ sich bisher nicht ermitteln.

+ Sprottau. Von hier wird dem „Nied. Anz.“ geschrieben: Am Mittwoch entstand auf städtischem Territorium bei Reuthau ein Haubebrand, wodurch eine mit Dörf, Stangenholzern und Schornung bedeckte Fläche von 20 bis 25 Morgen gefährdet wurde. Durch schleunige und geeignete Vorkehrungen konnte bei der Ungunst eines sehr heftigen Windes dem weiteren Umschreiten des Feuers, das durch Bernachlässigung eines Felsfeuers entstanden zu sein scheint, Einhalt geschehen.

\*\* Neisse. Das „Sonntagsblatt“ meldet: Jugendlicher Muthwill verleitete vergangenen Sonntag Nachmittag einen Knaben von hier, auf einen der Bäume hinter dem Bilde zu klettern, um angeblich ein Eichhörnchen zu folgen, als auf einmal ein Axt, auf welchem der Knabe sich niedergelassen, brach und Letzter so unglücklich zu Boden stürzte, daß auch bald in Folge eines Gehirnbruhs sein Tod erfolgte.

Heidau bei Neisse. Seit dem 10. Februar c. wurde der Häusler und Müllerjelle E. Galle von hier vermisst. Von einer Reise nach Brieg glücklich in Neisse wieder angelangt, konnte trotz der angestrebten Recherchen der fernere Verbleib des Vermissten nicht constatirt werden. Jetzt endlich, am 18. d. Mts. wurde die Leiche des p. Galle in einer Lache auf den Grenzwiesen zwischen Heidau und Neusz gefunden. Es ist leider mit Bestimmtheit anzunehmen, daß der Verunglücide am Abende des 10. Februar bei dem entsteglichen Sturme und Schneegestöber auf seiner Fußwanderung von Neisse nach Heidau die rechte Bahn verlor, in diese Lache geriet und darin schon halb erstickt seinen Tod fand. Nach gegebener amtlicher Anzeige an den betreffenden Amtsvoirsteher und die Königliche Staatsanwaltschaft hat die Leitere verfügt, daß der Leichnam ohne vorhergegangene gerichtliche Obduktion sofort beerdigt werden könnte.

\* [Berichtigungen.] Die Direction der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn-Gesellschaft zeigt an, daß die Nachricht der „Kattowitzer Zeitung“, nach welcher einer ihrer bei Janow stationirten Bahnwärter beraubt und ermordet worden sei, lediglich erfunden ist.

Das dem Beuthener „Stadtblatt“ zufolge derselbst verbreitete Gerücht, als „beweise ich mich um die Beuthener katholische Pfarrstelle“, ist vollständig unbegründet.

Ostrowo, 24. April 1875. Eduard Prinz Radziwill, Vicar.

## Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegraph-Bureau.)

Rom, 25. April. Der deutsche Kronprinz passirte heute Morgen, wie die „Agence Stefani“ vernimmt, Rom auf der Reise nach Neapel.

Paris, 25. April. Die „Republique française“ veröffentlicht eine Rede, welche Gambetta in einer in Belleville stattgefundenen Versammlung gehalten hat. Gambetta vertheidigt in derselben die Errichtung des Senats als einer den demokratischen Interessen förderlichen Institution und erklärt, daß in Bezug auf die Verhältnisse zum Auslande auch die demokratische Partei die friedlichsten Gefühle habe.

Madrid, 24. April. Von den neu ausgebundenen Mannschaften befinden sich, wie von der Regierung mitgetheilt wird, bereits 43,000 Mann unter den Fahnen. — Nach einer weiteren Mitteilung der Regierung sind an Entschädigungsgeldern für die Rostocker Briggen „Gustav“ und für das deutsche Schiff „Gazelle“, sowie als Erbsap für den Schaden, welchen deutsche Staatsangehörige in Karthagena während der Belagerung erlitten haben, nunmehr im Ganzen 85,000 Pesetas an die deutsche Regierung gezahlt worden.

Santander, 24. April. Der neue päpstliche Nunius ist auf seiner Reise nach Madrid hier eingetroffen.

Brüssel, 24. April. Wie dem „Echo du Parlement“ aus Lüttich gemeldet wird, hat der Bischof von Lüttich trotz der von dem dortigen Bürgermeister erhobenen Vorstellungen es abgelehnt, die Jubiläums-Prozessionen einzustellen.

Athen, 24. April. Der diesseitige Gesandte in Paris, Kondurotis, ist von dort hier eingetroffen.

Newyork, 24. April. Nach einer hier eingegangenen Nachricht sind in New-Orleans 3 Dampfer durch Feuer zerstört worden; der Verlust an Menschenleben wird als sehr beträchtlich angegeben. — Ein Telegramm aus Cuba meldet ein bei Las Cruces, dem Hauptquartier des General Balmaseda, stattgehabtes Gefecht, in welchem die Insurgenten geschlagen wurden und 70 Mann an Toten verloren. Der District Laguna ist durch die Verwüstungen der Insurgenten besonders heimgesucht.

(L. Hirsh telegraphisches Bureau.)

Paris, 25. April. Mac Mahon hat soeben das Decret vollzogen, durch welches eine große Anzahl Reserve-Offiziere der Infanterie ernannt werden, welche auf die einzelnen Armee-Corps zur Completirung des Manquements vertheilt werden sollen.

Paris, 25. April. Die französische Regierung hat, wie s. z. auch die deutsche Regierung, in Madrid dagegen protestirt, daß den französischen Geschäftsleuten eine Zuslagsstener auf ihre Waaren auferlegt werde. Der Herzog von Decazes hofft, daß die spanische Regierung sich von der Unbilligkeit dieser Maßregel überzeugen und die betreffende Verordnung zurückziehen werde.

## Telegraphische Privat-Depeschen der Breslauer Zeitung.

Berlin, 26. April. Die Fraktionversammlung der Fortschrittspartei lehnte den Zusatz-Antrag des Kirchenvermögen-Gesetzes, welcher dem Kirchenvorstand unterstellt, den rentenreichen Geistlichen Besoldungen, Gebühren und Abgaben auszuzahlen, ab. Windhorst (Bielefeld) wurde an die National-Liberalen deputirt, um eine Vereinbarung zu erzielen.

Hamburg, 24. April. In der heute stattgehabten Generalversammlung der Aktionäre der transatlantischen Dampfschiffahrtsgesellschaft wurden die Anträge des Verwaltungsraths auf Fusionierung der Gesellschaft mit der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Gesellschaft mit 16,553 gegen 339 Stimmen angenommen.

\* Breslau, 26. April, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsvorleb von keiner Bedeutung, bei schwachem Angebot und unveränderten Preisen.

Weizen, keine Qualitäten gut verkauflich, per 100 Kilogr. schleißer weißer 15,50 bis 18—19,50 Mark, gelber 15,60—17,20—18,20 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, bei schwachem Angebot sehr fest, pr. 100 Kilogr. 14,30—15,30 bis 15,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 13—14,50 Mark, weiße 14,80 bis 16 Mark.

Hafer war wenig verändert, per 100 Kilogr. 14,40—15,10 bis 16,80 Mark, feinsten über Notiz.

Mais angeboten, per 100 Kilogr. 13,50—14 Mark.

Erbse gut verkauflich, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen schwach gefragt, per 100 Kilogr. 21—21,75—22,50 Mark.

